

## **Prof. Dr. Christoph Zöpel**

Freier Publizist  
Staatsminister im Auswärtigen Amt a.D.  
Minister des Landes Nordrhein-Westfalen a.D.

Bochum: Tel.: +49 (0)234/30765798 Fax: 770847  
Büro Berlin: Schiffbauerdamm 40, D-10117 Berlin  
Tel.: +49 (0)30/20654830 Fax: 20674858  
Bürozeiten: Mo.-Do. 9.00 – 13.00 Uhr  
E-Mail: [christoph.zoepel@t-online.de](mailto:christoph.zoepel@t-online.de)  
Internet: [www.christoph-zoepel.de](http://www.christoph-zoepel.de)

**Prof. Dr. Christoph Zöpel, Kastanienweg 4, D-44799 Bochum**

An für die Entwicklung der Agglomeration Ruhr Verantwortliche und Engagierte!

Dem Duisburger Stadtteil Bruckhausen droht zur Hälfte – etwa 175 Häuser mit rund 500 Wohnungen – der Abriss aufgrund baurechtlicher Beschlüsse des Rates der Stadt Duisburg. Dieser Abriss würde die städtebauliche Entwicklungskonzeption für die Agglomeration Ruhr gefährden, ja konterkarieren, eine Konzeption, die seit Anfang der 1980er Jahre möglich gemacht wurde und dann mit der IBA Emscher Park und dem Emscher Landschaftspark mit europaweiter Resonanz umgesetzt und weiter gestaltet wurde und wird. Der Abriss sollte deshalb verhindert werden.

Bruckhausen ist ein kompakter gründerzeitlich geprägter Stadtteil mit einer Tragfähigkeit für 3000 Einwohner. Er ist von fast singulärer baugeschichtlicher Bedeutung, die denkmalschützende Maßnahmen erfordert. Die Zerstörungen des 2. Weltkriegs und die städtebaulichen Abrisse der Nachkriegszeit haben in der Agglomeration Ruhr nur wenige vergleichbare Siedlungsbereiche bestehen lassen.

Heute bietet Bruckhausen allerdings teilweise das Bild baulicher und sozialer Zerstörungen, die im Stil der 1960/70er Jahre die „Flächensanierung“ vorbereiten. So lässt sich der Eindruck der radikalen Sanierungsnotwendigkeit vermitteln.

Bruckhausen ist mit der Strategie erhaltender Stadterneuerung, die seit Beginn der 1980er Jahre im damaligen Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung konzipiert und umgesetzt wurde und seitdem von allen für Stadtentwicklung zuständigen Ministerien weitergeführt wird, verbunden. Bereits in den 1970er Jahren gab es Pläne zur Flächensanierung in Bruckhausen, um die wirtschaftliche Entwicklung der benachbarten Stahlproduktionsanlagen von Thyssen nicht zu gefährden. Das wurde mit den damals bekannten Umweltproblemen und ihren unzureichenden Vermeidungsmöglichkeiten begründet. In diese Zeit fielen in der Agglomeration Ruhr manche städtebaulichen Abrissmaßnahmen, die aber die Beendigung schwerindustrieller Produktion nicht aufhalten konnten und so aus heutiger Sicht sozialökonomisch wie städtebaulich sinnlos waren. In Bruckhausen wurde auf Betreiben des Ministeriums eine behutsame städtebauliche Entwicklung begonnen und mit erheblichem Mittelaufwand gefördert.

Das gehörte zur landesweiten Beendigung von Flächensanierungen, die die bau- wie industriegeschichtlich bedeutsamen Stadtteile, Arbeitersiedlungen, Bahnhöfe, und Industrieanlagen bewahrte – häufig gegen den Widerstand kurzfristiger kommunaler und unternehmerischer Interessen. In Duisburg gab es dabei die Auseinandersetzung um den Erhalt des historischen Kerns von Ruhrort mit seinen prägenden Kirchtürmen, die nur durch die denkmalrechtliche Entscheidung des Ministeriums erhalten blieben – jetzt wohl unstrittig akzeptiert und kein Hemmnis für die Entwicklung des Nachbarn Haniel.

Die Zeche Zollverein hätte nicht Weltkulturerbe werden, die IBA nicht stattfinden können ohne diese vorlaufende konfliktreiche Stadtentwicklungspolitik des Landes. Heute wird das alles für eine Selbstverständlichkeit gehalten, die sozialzerstörerischen Wirkungen von Flächensanierungen sind seit etwa 25 Jahren in Nordrhein-Westfalen nicht mehr erfahrbar. Hier liegt auch ein Grund für den geringen Widerstand gegen den Abriss in Bruckhausen. Der andere Grund liegt in der dortigen Bevölkerungsstruktur, zu etwa 80 % türkischstämmige Migranten. Zu den schwierigen Erfordernissen deren demokratischer Integration gehört es, berechtigten Widerstand gegen für sie sozialunverträgliche politische Entscheidungen zu erlernen. Der Erhalt von Bruckhausen ist auch ein erforderlicher Beitrag zur Integration von Zuwanderern.

Die Flächensanierung in Bruckhausen wird – wie früher – mit den Interessen der Stahlproduktionsanlagen begründet. Das ist eine aus der Zeit fallende Argumentation. Bei den heute gegebenen umweltschützenden Möglichkeiten wäre Bruckhausen das schlagende Beispiel dafür, dass schwerindustrielle Produktionsanlagen und Siedlungen mit dem Charakter der europäischen Stadt nebeneinander möglich sind. Wer die Agglomeration Ruhr im 21. Jahrhundert als Industriestandort mit Millionen Einwohnern weiterentwickeln will, müsste sich gerade für den Erhalt von Bruckhausen einsetzen, das gilt für landes- und kommunalpolitische Entscheidungen wie für unternehmerische Strategien.

Die Planungen der Stadt Duisburg, nach der Flächensanierung in Bruckhausen Grünflächen entstehen zu lassen, ist geradezu widersinnig. Seit dem Entwicklungsprogramm Ruhr des Jahres 1968 besteht die Erkenntnis, dass es in der Agglomeration Ruhr eine relativ geringe Siedlungsdichte gibt, nach dem Bedeutungsverlust der Schwerindustrie sind ausreichende Freiflächen allfällig sichtbar – das Projekt des Emscher Landschaftsparks setzt diese Tatsachen um.

Es gibt seit Beginn der 1980er Jahre ausreichende Erfahrungen wie Stadtteile sozialverträglich erhalten, wiederbelebt und weiterentwickelt werden können. Das ist möglich, wenn Kommunen und Unternehmen das wollen oder zumindest ertragen. Das Land verfügt über ein breites bau- wie denkmalrechtliches und förderpolitisches Instrumentarium, um die erforderliche städtebauliche Gestaltung durchzusetzen.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Meine Tätigkeit als für die Stadtentwicklung zuständiger Minister endete im Juni 1990, also vor über 20 Jahren. Seitdem habe ich mich so gut wie nicht zu der Stadtentwicklungspolitik meiner Amtsnachfolger öffentlich geäußert, es sei denn unterstützend – das entspricht meinem Verständnis vom Umgang zwischen politischen Amtsträgern in einem demokratischen System. Die Flächensanierung in Bruckhausen aber ist ein Vorhaben, das eine öffentlich allgemein getragene positive Entwicklung der städtischen Lebensbedingungen in der Agglomeration Ruhr gefährdet. Deshalb bemühe ich mich mit diesem Schreiben um eine öffentliche Kommunikation über Bruckhausen im Zusammenhang mit der Zukunft der Agglomeration Ruhr und in allen ihren Städten. Für Reaktionen bin ich dankbar.